

Kurt Grünewald, Wissenschaftssprecher der Grünen

Wortbruch, Phantasie- und Mutlosigkeit und leere Worthülsen gefährden Forschung und Lehre an Österreichs Universitäten

Chronologie der Misere

Österreichische Universitäten und Fachhochschulen sind unterdotiert und betreuen zu wenig Studierende, hält die OECD in ihrem Bildungsbericht fest und fordert Österreich zu mehr Anstrengungen auf.

Alle Parteien bekannten sich 2007 einstimmig dazu, bis 2020 **2% des BIP** für Universitäten und Fachhochschulen aufzuwenden. Mehrheitlich wurden am 24. September 2008 Beschlüsse über den dazu notwendigen Budgetpfad gefasst. Zusätzlich sollten, gestützt durch klare parlamentarische Mehrheiten, die Betreuungsverhältnisse an den Universitäten durch eine **Anhebung der Zahl von HochschullehrerInnen** verbessert werden und die Finanzierung eines leistungsorientierten **Kollektivvertrages** dem wissenschaftlichen Nachwuchs wieder Perspektiven bieten. Budgets für **Bau- und Sanierungspläne** sollten Teil eines universitären **Konjunkturbelebungspaketes** werden und Verbesserungen der Infrastruktur und Grundausstattung Teil dieser Initiative werden. Inhalt der parlamentarischen Offensive war auch die **Inflationsanpassung der FHS** Budgets um 35%.

Zahlreiche ExpertInnen und einschlägige Institutionen wie **WIFO, Rat für F&E, UNIKO, FWF, FFG, die ÖAW und der Wissenschaftsrat** betonten die Bedeutung der Förderung von Bildung und Forschung als elementare Ressourcen in Zeiten der Wirtschaftskrise und Rezession. Selbst der einstige ÖVP Vizekanzler, ehemals Wissenschaftsminister und Parteivorsitzender, ortet im Agieren der Bundesregierung ein bildungs- und forschungsfeindliches Fiasko und ermunterte die Universitäten zum Streik.

Kurz nach Jahresbeginn dämpften Aussagen des Wissenschaftsministers die Hoffnung auf die Einlösung von Versprechungen, die Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen und die Stärkung des tertiären Bildungssektors.

Das Regierungsprogramm der Sternchen (Vom Kometen bleibt nichts als ein Krater)

Alle wesentlichen und mit Kosten verbundenen Regierungsvorhaben im Bereich von Universitäten und Forschung sind mit Sternchen versehen und unterliegen somit der Voraussetzung der finanziellen Bedeckbarkeit. Vage und unverbindliche Aussagen ersetzen klare Strategien und nachhaltige Planbarkeit. Das Fehlen von Sicherheit und frischem Geld stürzt die Universitäten zunehmend in ein Dilemma. Die **Finanzierungslücke** zwischen den Zusagen der alten und neuen Bundesregierung im Bereich von Forschung und Entwicklung in der Höhe von **1,96 Milliarden Euro** wurde evident. Trotz aller warnenden Stimmen bleibt der zuständige Minister Hahn ungerührt und unbeeindruckt. Erst massivste Proteste aller Betroffenen, Forschungsförderungsorganisationen und exzellenter ForscherInnen führten zu **neuen Versprechungen (plus 400 Millionen jährlich bis 2013)**.

Was soll uns hier wieder geschickt verkauft werden? „Frisches“ Geld a la Grasser?

- Wird der **Ersatz der Studiengebühren** hier gesetzeswidrig eingerechnet, fehlen bereits **600 Millionen** die dann von den 1.6 Milliarden zu subtrahieren wären.
- Werden die bereits seit längerem beschlossenen Budgets der Tranche 1 des **Generalsanierungsvorhabens**¹ hier inkludiert dann sind zumindest wieder **250 Millionen** zu subtrahieren.
- Die Kosten des für den Wissenschaftlichen Nachwuchs unabdingbaren **Kollektivvertrages** inklusive Betriebspensionskasse werden entgegen ursprünglicher Zusagen mehrheitlich den Universitäten überantwortet, was sich mit einer jährlich Zusatzbelastung von etwas 60 Millionen Euro niederschlägt und sich in vier Jahren auf **240 Millionen** hochrechnet.
- Der **Ausfall** von bisherigen Zuwendungen der **Nationalbank** an den für die Grundlagenforschung der Universitäten unverzichtbaren FWF mit jährlich etwa 25 Millionen und die fehlende **Vorbelastungserhöhung** (45) entziehen den Universitäten weitere Forschungsmittel (Fehlbetrag heuer allein **70 Millionen**).

Die Wahrscheinlichkeit, dass all die genannten Budgets bereits **Teil gegebener Versprechen** und nicht frisches Geld sind, ist hoch. So würde für die Universitäten in dieser Legislaturperiode aus den 1.6 Milliarden **de facto** fast ein **Nullsummenspiel**, ganz zu Schweigen von Geldwertverlusten durch die Inflation. Die dringend erforderliche **Erfüllung**

¹ Von den durch die UNIKO errechneten Kosten von 700 Millionen exklusive Umsatzsteuer für die zwanzig dringlichsten Projekte wurden nur 500 Mio. Euro inklusive Umsatzsteuer bewilligt.

elementarer ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen durch das
Generalsanierungspaket kann jedenfalls nicht wirklich als unmittelbar forschungswirksame
Investition betrachtet werden. Das gilt auch für den **Transfer des FWF Regelbudgets aus
dem BMVIT ins BMWF** der als weiteres **Täuschungsmanöver** unverfroren als
Budgetzuwachs verkauft wird. Gleiches gilt für die Finanzierung des MedAustron und die
Finanzierung des ISTA (beides **sind keine Universitäten** erhalten aber zusammen in
dieser Legislaturperiode 83,5 Millionen Euro).

Status quo erhalten statt internationaler Aufholprozess - ist das Weltklasse?

Mehr als ein Viertel des wissenschaftlichen Personals der Universitäten wird über
international als ausgezeichnet bewertete Projekte des FWF finanziert. Es ist eine Schande,
dass aufgrund fehlender Budgetmittel der **FWF** bereits eine **Projektvergabesitzung
absagen** musste und neue Projekte kaum Aussicht auf Erledigung in absehbarer Zeit
haben. Während das **Exzellenzinstitut** in Klosterneuburg seit drei Jahren kaum über
Geburtswehen und einzelne Pressemeldungen hinauskommt, werden gleichzeitig junge
Talente ihrer Chancen beraubt und die **ÖAW** gezwungen, ForscherInnen zu entlassen,
Forschungsteams aufzulösen oder sie in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu halten.
Vor allen bestehenden Defiziten und Mängeln der österreichischen Forschungslandschaft
die Augen zu schließen und **sich mit geheuchelter Gönnermiene als Mäzen von Bildung
und Forschung zu darzustellen, ist schamlos und ein Schlag ins Gesicht der
Betroffenen**. Die Zeit der Lippenbekenntnisse über die Bedeutung von Bildung und
Forschung muss beendet werden.

Grotesken, Versprechungen und Defizite

„Generalsanierungsvorhaben Tranche 2“:

Von **16 Projekten** betreffen **sieben** die TU Graz und dienen allein oder überwiegend der
Herstellung verpflichtender Bestände der Arbeitnehmerschutzbestimmungen
(Gassicherheitsschranke, Warneinrichtungen, Fluchtwege). Die jahrelange Hinnahme nicht
arbeitnehmerschutzgerechter Gebäude dokumentiert lediglich grösste Vernachlässigungen
der Fürsorgepflicht durch das BMWF. Es ist aber geradezu tolldreist, die für die Beseitigung
krasser Missstände aufgebrauchten Budgets als **forschungswirksame
Budgetsteigerungen** zu verkaufen.

Ähnliche Projekte - speziell an der TU Wien - werden unter einer „Ergänzungstranche“ angeführt und betreffen ebenso vielfach **sicherheits- und brandschutztechnische Investitionen und Barrierefreiheit**.

Sanierungsmaßnahmen könnten dort problematisch werden, wo sie eine Erhöhung der marktüblichen Mietpreise nach sich ziehen können, für deren Kosten die Unis aufkommen müssen (Bereits jetzt zahlt die VETMED fast 50% ihres Globalbudgets für Mietkosten)

Grüne Forderungen

Österreich braucht die Kreativität und Motivation junger WissenschaftlerInnen. Ein forschungsfreundliches Umfeld muss faire und attraktive Perspektiven bieten.

Das Herstellen von gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards des Arbeitnehmerschutzes und von Brandschutzauflagen sind additiv zu finanzieren und dürfen nicht unter Budgetzuwachs subsummiert werden.

„Ich warte nur mehr darauf, dass in Zukunft auch noch der Verbrauch an Windeln einer Universitätsklinik für Pädiatrie als Forschungsinput ausgewiesen wird“, so Grünewald.

- **Teamorientierte** statt hierarchiebestimmte **Universitätsstrukturen** und **leistungsorientierte Laufbahnmodelle** sind in einer **UG Novelle** und einem **Kollektivvertrag** zu garantieren.
- **Forschungsförderungsfonds, ÖAW und Rat für F& E** müssen jene Budgets erhalten, die es auch ermöglichen, die ihnen zugedachten Aufgaben zu erfüllen. (Die dem FWF entsprechenden Fonds in der Schweiz und Schweden verfügen pro Kopf der Bevölkerung gerechnet über die drei-, respektive zweifach so hohen Finanzmittel, siehe Anhang).
- Ein **Konjunkturpaket** für Universitäten muss helfen, den **Budgetpfad zwei Prozent des BIP** für Unis und Fachhochschulen bis 2020 **einzuhalten**.
- Eine **verbesserte Infrastruktur und Basisausstattung** der Universitäten sind Grundvoraussetzung für Konkurrenz und Wettbewerb und daher zu **finanzieren**
- **Zusätzliche Mittel für Doktoratsprogramme** und **Exzellenzinitiativen** wie **Overheadkosten** sind sicherzustellen (siehe Anhang).
- **Mehr Studierende** sollten als Chance und nicht als Bedrohung der Universität gesehen werden. Dazu bedarf es **einer Studienplatzbewirtschaftung** und **besserer Betreuungsverhältnisse**

- **Stärkere Impulse** im Rahmen der **Generalsanierungsoffensive** (mehr Geld, mehr Projekte)
- **Frisches Geld** für Universitäten: Reduktion der Mietkosten durch die BIG macht gebundenes Geld frei für universitäre Investitionen und Profilbildungen (Österreichweit erhält die BIG ca. **180 Mio. Euro** an Miete von den Universitäten).

Um die Regierung zu zwingen, der Realität ins Auge zu sehen und längst notwendige Initiativen zu setzen, bedarf es in Österreich einer **parteiübergreifenden Initiative** aller positiven und wissenschaftsfreundlichen Kräfte.

Wann, wenn nicht jetzt, ist statt Resignation und Untertanenmentalität nun Courage und Widerstand gefragt?

ANHANG:

FWF: Grundlagenforschung in Gefahr

Präsident Christoph Kratky informierte die Universitäten kürzlich über die katastrophale derzeitige Situation des FWF. Ohne Gelder der Nationalbank / Nationalstiftung und dem Wegfall der Vorbelastungserhöhung fehlen allein derzeit ca. **70 Mio. Euro**.

Das vom FWF und dem Rat für F&E mit dem BMWF ehrgeizig geplante Projekt von **Exzellenzclustern** muss unter diesen Voraussetzungen aufgegeben werden. Schon für die Ausschreibung von zwei dieser geplanten fünf bis sechs Cluster fehlen **67 Mio. Euro allein für die ersten vier von zwölf Jahren Laufzeit**.

20% der Fördersumme als Aufschlag: Forschungsprämie für Spitzenforschung?

Rückwirkend für alle Projekte, die seit Dezember 2007 vom FWF genehmigt wurden, wird nun ein Aufschlag von 20% der Fördersumme den Universitäten als **Overheadkosten** ausbezahlt. Der Großteil der vorerst nur 10 Mio. Euro für 2008 kommt vom Wissenschafts-, der Rest vom Infrastrukturministerium. Hahn betonte, dass diese Summe **in den nächsten Jahren steigen** müsse. Bei einer Gesamtbewilligungssumme von 163 Mio. Euro im Jahr 2007 müssten im Vollausbau jährlich **mehr als 30 Mio. Euro** zur Verfügung stehen. Die Vermutung, dass dieses Geld aus dem Globalbudget beglichen werden müsse, wies Hahn als „schelmischen“ Gedanken zurück. Wir werden ihn daran erinnern müssen!

Der FWF im internationalen Vergleich

Land	Förderorganisation(en)	Budget 2007 (in Mio. €)	Ausgaben pro Einwohner (in €)
Österreich	FWF	163.300.000	19,6
Schweiz	SNF	357.701.690	47,4
Finnland	AKA	264.029.377	49,9
Niederlande	NWO	528.085.000	32,2
Deutschland*	DFG	1.923.300.000	23,4
Schweden**	Gesamt	380.735.970	41,6
	VR	282.415.050	
	FAS*	35.000.000	
	FORMAS	63.320.920	

* Deutschland verfügt aber über zahlreiche weitere Fonds und Stiftungen

**Schätzung für 2007

Anteil Grundlagenforschung im internationalen Bereich:

Österreich: 0,39% BIP
Israel: 0,89% BIP
Schweiz: 0,81% BIP
USA: 0,50% BIP

Roadmap zum 2% Ziel laut UNIKO (September 2008)

Gesamtaufwendungen für Einrichtungen im tertiären Bildungsbereich 2008: 1,3% des BIP

Globalbudget der Unis 2008: 2245 Mio. Euro

Zwei Komponenten der Budgetsteigerung:

Valorisierung um 2 x 5% (Inflation und Wirtschaftswachstum) bis 2010 : 2475 Mio. Euro

Wachstumskurs 2010 bis 2020: 0,064% des BIP/Jahr

Globalbudget 2010 laut Wachstumskurs: 2597 Mio. Euro

$(2475 \times 1,364) / 1,3 = 2597$

Mehrbedarf (exklusive Studiengebührenersatz und Kollektivvertrag) 2010: 352 Mio Euro

Mehrbedarf inklusive minimal (Grünwald): 582 Mio Euro

Unter der Annahme eines gleichmäßigen Anstiegs aller Ausgaben im tertiären Bildungsbereich (ausgehend von 1,3% des BIP) müsste die Globalbudgetierung des Bundes während der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode im Vergleich zu 2008 wachsen:

Uni - Budget

	BIP nominell	BIP Wachstum nominell*)	Zielwert 2% des BIP	Uni- Budget lt Finanzrahmen**)	Budgetlücke auf 2% Budgetziel	Grüner Budgetpfad
	in Mrd Euro	in %	in Mio Euro	in Mio Euro		
2008***)	282,02			2.947,5		
2009	285,40	1,2	5.708,1	3.325,2	2.382,9	
2010	291,68	2,2	5.833,7	3.623,0	2.210,7	
2011	300,73	3,1	6.014,5	3.673,9	2.340,6	4.071,9
2012	312,45	3,9	6.249,1	3.697,5	2.551,6	4.571,6
2013	325,26	4,1	6.505,3	3.686,6	2.818,7	5.044,1
2014	338,27	4,0	6.765,5	3.760,3	3.005,2	5.482,0
2015	351,81	4,0	7.036,1	3.835,5	3.200,6	6.004,6
2016	365,88	4,0	7.317,6	3.912,2	3.405,3	6.528,7
2017	380,51	4,0	7.610,3	3.990,5	3.619,8	7.054,3
2018	395,73	4,0	7.914,7	4.070,3	3.844,4	7.581,4

2019	411,56	4,0	8.231,3	4.151,7	4.079,5	8.110,0
2020	428,03	4,0	8.560,5	4.234,7	4.325,8	8.640,3

*) ab 2015 wird ein nominelles BIP-Wachstums von 4%
angenommen

**) ab 2015 wird ein real konstantes Unibudget angenommen (2%
Inflation)

***) Dezember-Prognose Wifo

Fälschlich im Bundesfinanzierungsrahmen miteingerechnet sind der Ersatz der
Studiengebühren, die FWF Übernahme durch Änderung BM Gesetz, der
Finanzierungsausfall für Forschungsprojekte der Nationalbank / Nationalfonds wird nicht
egalisiert, für die Finanzierung des Kollektivvertrags werden die Universitäten entgegen
früherer Zusagen weitgehend selbst aufkommen müssen, was in **Summe eine weitere
Finanzierungslücke von etwa 335 Mio. pro Jahr (!)** bedeutet und sich in den elf Jahren
(2010 bis 2020) auf 3,685 Mrd. addiert

Budget Wissenschaft und Forschung (de facto Unis und FHS) **2009: 3,338 Mrd.**

Es sind in der Minimalvariante daher bis 2020 jährlich additiv knapp 500 Mio.,
wahrscheinlich jedoch mehr für die Zielerreichung 2020 aufzuwenden.

Laut eines Entwurfes zum Bundesfinanzrahmen des **BMF** verzeichnet das Budget für
Wissenschaft und Forschung von **2009 bis 2013** nur eine Gesamtsteigerung von **3,325** auf
3,685 Mrd. also von nur **360 Mio.** **Das ist in vier Jahren deutliche weniger als jährlich
erforderlich wäre.**

Das allein sagt alles.